

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 13

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

atomare Programm der sowjetischen Regierung, das bisher nur infolge industrieller Unzulänglichkeiten hinter westlichen Zielsetzungen zurückgeblieben ist, durfte nach westlichem Befinden und angeblich grüner Billigung weitergehen. Eine spätere Stromknappheit im Westen liesse sich dann durch Stromimporte aus dem Osten mildern.

4. Akt. Die atomare «Perestrojka»

Was ist nun zur Bekämpfung der Missstände in Tschernobyl unternommen worden?

Die Glasnost (Offenheit) ist noch nicht so weit fortgeschritten, dass man über derartige Geschehnisse genügend berichten würde, obwohl der Westen so gut wie die sowjetische Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse daran hat, neue Katastrophen verhindert zu wissen.

Dafür hat man erfahren, was *nicht* geschehen ist. Das Wochenblatt «Sozialistische Industrie» («Sozialistscheskaja Industrija») der Ukraine vom 4. Dezember 1987 gibt Auskunft darüber, dass sich auch nach der Katastrophe noch eine zu grosse Zahl von Zwischenfällen ereignete. So kam es innerhalb von zehn Monaten zu 36

Arbeitsunfällen mit 3 Todesopfern. Aus diesem Grund wurden im Juni 1987 einige Vorgesetzte, darunter der Direktor des Reaktors Nummer 2, «verwarnt». Der Parteisekretär der Neusiedlung für die Evakuierten ist erstaunt, dass die zuständigen Parteikomitees auf solche Verstösse nicht stärker reagierten. Ausserdem kommen trotz neuen Sicherheitsvorkehrungen (nicht präzisiert Art) weiterhin Fälle von übermässiger Strahlenbelastung vor. Sicherheit am Arbeitsplatz ist für die Verantwortlichen keine dringliche Aufgabe.

Durch derartige Mitteilungen wird die Ansicht jener bestätigt, die Gorbatschow mit fast unüberwindbaren Widerständen konfrontiert sehen. Die Direktiven «von oben» werden unten nicht ernstgenommen, wahrscheinlich weil «ein gebranntes Kind das Feuer scheut». Zu oft schon sind Reformen in der Sowjetunion nach einiger Zeit abgeblasen und diejenigen, die sich für dieselben eingesetzt haben, plötzlich zu «Feinden des Sozialismus» erklärt worden.

Das grausamste Beispiel für eine solche Politik ist der Artikel, den Stalin am 27. Dezember 1929 in der «Prawda» erscheinen liess. Nach der furchtbaren Hungersnot, die in den Jahren

der Revolution 10 Millionen Menschen dahingerafft hatte, führte Lenin 1921 die «NEP», die Neue Ökonomische Politik ein, die – aus der gleichen Zwangslage wie die «Perestrojka» geboren – mit ähnlichen Mitteln eine Liberalisierung der Wirtschaft zwecks Behebung der Hungersnot einfuhrte. Die Landwirtschaft erholte sich, Lebensmittel kamen vermehrt auf den Markt, die Versorgungslage wurde zusehends besser.

Aber es erschien den Machthabern mit dem System unvereinbar zu sein, das Volk durch eine «Abweichung» vor dem Hungertod zu retten. Also beschloss Stalin, der Erholungsbewegung ein Ende zu setzen. Er liess einen Artikel mit dem symptomatischen Titel «Zum Teufel mit der NEP» erscheinen, welcher nicht nur das Ende der Reformbestrebungen, sondern auch das der Reformen bedeutete. In einer blutigen «Tschistka» (Säuberung) wurden die inzwischen wohlhabend gewordenen Träger der Wirtschaft «liquidiert», und die NEP machte der Kollektivierung Platz. Der Traum war ausgeträumt.

Schluss auf Seite 11

Der Kommentar

Protest kommt doch

Wenn die Versicherung, der Verstorbene habe bloss Selbstmord begangen, als Beruhigung vorgebracht wird, müssen beunruhigende Umstände vorliegen. Das war auch der Fall, als die «Prawda» am 20. Mai auf den freiwilligen Hin-schied des Atomphysikers Valeri Legassow hinwies, den man zur Bekämpfung der Katastrophenfolgen in Tschernobyl eingesetzt hatte.

Er ist im Alter von 51 Jahren gestorben, und die Moskauer Zeitschrift «Argumenti i fakti» sah sich veranlasst, ausdrücklich den Gerüchten entgegenzutreten, sein Tod sei auf Strahlungsschäden zurückzuführen (die ursprüngliche Bekanntgabe hatte keine Todesursache angeführt).

Wie dem auch sei: Der wirkliche Grund zur Beunruhigung im Zusammenhang mit Legassow, einem Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, liegt ohnehin woanders, nämlich bei seinen nachgelassenen Äusserungen über die Sicherheit der sowjetischen Nuklearindustrie insgesamt.

Die erwähnte «Prawda»-Nummer bringt Auszüge aus diesen Schriften. Den sowjetischen Atomkraftwerken fehle es an Kontroll- und Diagnosesystemen, und ihm, Legassow, sei kein einziges sowjetisches Gremium bekannt, welches sich den Sicherheitsfragen im Atomkraftsektor mit der genügenden Kompetenz widme. Auch lasse die Qualität der Ausrüstungen, die man den Kernkraftwerken liefere, zu wünschen übrig.

Schon zuvor hatte sich im April ihrerseits Ljubow Kowalewska zum zweiten Jahrestag der Tragödie vernehmen lassen. Das ist jene Journalistin, welche knapp einen Monat vor der Katastrophe in der «Literaturna Ukraina» kritisch den Zustand des Reaktors von Tschernobyl geschildert hatte, eine Warnung, die erst post festum beachtet wurde. Seither hat sie die Lage sowohl bei den funktionierenden andern Reaktoren von Tschernobyl selbst als auch bei sonstigen Atomkraftwerken überprüft. Sie kommt zum Schluss, dass sich für die Entwicklung der Atomenergie in der Ukraine die gleichen Probleme stellen wie 1986 («Literaturna Ukraina», Kiew, Nr. 16/1988). Ein ominöses Fazit, und dabei gehört Ljubow Kowalewska zu den Befürwortern der Nuklearenergie.

Die Katastrophe von Tschernobyl schien zunächst nirgends weniger öffentliche Wirkung zu haben als in der UdSSR selbst, und die Sowjetunion hielt denn auch an ihrem atomaren Ausbauprogramm fest, was sie übrigens grundsätzlich nach wie vor tut. Inzwischen allerdings hat sich – weit weniger als im Westen, aber immerhin – eine gewisse Opposition gegen die Inbetriebnahme neuer KKW gebildet, vor allem

in der Intelligenzia (sowohl Mathematiker und Kybernetiker als auch Schriftsteller) und vor allem in der Ukraine.

Und eben dort, in der Ukraine, hat der Widerstand, der in der Sowjetunion recht eigentlich mit einem Nachzündereffekt kommt, auch etwas bewirkt, wenn auch nur quantitativ. Der Ausbau wird nunmehr auf eine Kapazität von 23 000 Megawatt geplant statt wie bisher von 37 000 Megawatt. Aber selbst dieses reduzierte Vorhaben steht zunehmend unter dem Beschuss einer erwachenden Öffentlichkeit und wird sein jetzt verkündetes Ausmass aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erreichen.

Hinzu kommt, dass man auch in Armenien und in Krassnodar den Bau von Atomkraftwerken gestoppt hat, und das angesichts einer Opposition, die eigentlich erst anläuft und sich mancherorts bisher noch gar nicht artikuliert hat. Möglicherweise auch deshalb, weil man mit der sonstigen Umweltzerstörung noch andere und vorrangige Sorgen hat.

Eine grundsätzliche und absolute KKW-Gegnerschaft wird in der Sowjetunion kaum geäussert. Selbst Andrej Sacharow, der hier am weitesten geht, schlägt «bloss» vor, die Kernkraftwerke unter den Boden zu verlegen («Moscow News», Nr. 7/1988). Die Opposition richtet sich dort zur ganz grossen Hauptsache gegen die *sowjetische* Art, Atomkraftwerke zu bauen und zu betreiben. «Tschernobyl ist überall» ist in der Sowjetunion nicht der Satz, der ziehen würde. Denn dort weiss man nur allzu gut, wo Tschernobyl tatsächlich ist. *Christian Brügger*

Alltag drüben

Ein speziell bedürfnisbezogener Leserbrief an die «Iswestija»

Sowjetmatrosen im Auslandshafen

Sowjetische Matrosen dürfen nur gruppenweise ausgehen, wenn sie im Ausland anlegen, eine wahrhaft peinliche Vorschrift. Darüber hat sich ein Leserbrief an die «Iswestija» (15. 6. 1988) beschwert. Wir bringen Auszüge.

Die «Iswestija» hat schon mehrmals über die Verhaltensvorschriften für die sowjetischen Matrosen im Ausland berichtet. Leider sind aber immer noch keine Wirkungen solcher Berichte zu erkennen, was eine skeptische Einstellung vieler Seeleute gegenüber der Presse zur Folge hat.

Nur wenige Leute wissen über diese Vorschriften Bescheid. Nach diesen ist es dem sowjeti-

schen Matrosen untersagt, «nichtdienstliche Gespräche» mit Ausländern zu führen. Will ein Seemann ausgehen, beispielsweise auch nur zu einem benachbarten sowjetischen Schiff, braucht er dazu eine Bewilligung, die einige Tage vorher einzureichen ist. Er darf nur in einer Gruppe von drei Personen ausgehen, die einen Offizier und mindestens ein Parteimitglied enthalten muss; zudem darf die Gruppe nicht aus Gleichaltrigen bestehen.

Es soll betont werden, dass es sich hierbei nicht um Kriegsschiffsmatrosen, sondern um Seeleute der Handelsmarine handelt. Was für ein Geheimnis mag wohl hinter dieser erniedrigenden Prozedur stecken, welche uns dem Gespött der gesamten Welt aussetzt?

So führt eine weitere Vorschrift, wonach es der Gruppe verboten ist, sich auch nur für einen Augenblick zu trennen, zu den unmöglichsten Situationen. Beispielsweise, wenn in einem Lokal oder Geschäft nur eine kleine Toilettenzelle vorhanden ist. Es ist tatsächlich schon zu Rügen gekommen, weil sich jemand aus diesem Grund von der Gruppe trennte. Da übertreibe ich nichts, denn ich war in einem Fall selber Zeuge. Laut Vorschrift soll man sogar die Toilette nur gruppenweise aufsuchen.

Ein Basarverkäufer sagt: «Komm herein, Russe, ich werde es dem Kommissar schon nicht melden.» Oder man wird von einem anderen Verkäufer ausgelacht, wenn man – trotz allem – für einen Moment nicht bei der Gruppe ist: «He, Russe, wo ist denn dein Kommandant? Falls er hier vorbeikommt, werde ich es ihm sagen, und du verlierst deinen Job.» (...) Sogar Leute, welche die Sowjetunion hochschätzen, fragen: «Glaubt ihr wirklich, dass es überall nur Feinde gibt? Glaubt ihr wirklich, dass die Leute nichts anderes zu tun haben, als sich für euch zu interessieren? Warum begegnet man euch nirgends, ausser in den Basaren und Läden? Warum verschwinden die Russen, sobald die Dämmerung einbricht?»

Was soll man darauf antworten? Ich schäme mich für mich selbst, für mein Land und für dessen Verordnungen. ■

Glasnost für das KGB

Das KGB «goes public». Der sowjetische Sicherheitsdienst ist dazu übergegangen, in der sowjetischen Wochenzeitschrift «Argumenti i fakti» (Organ der Parteipropagandisten) regel-



Eine «Ogonjok»-Karikatur ohne Worte.

mässig Beiträge über seine Arbeit und deren Notwendigkeit erscheinen zu lassen. Die laufende Selbstdarstellung, eine Erstmaligkeit seit den frühen Tagen der Vorgängerorganisation Tscheka in den zwanziger Jahren, steht unter dem Rubrikittel «Das KGB informiert und kommentiert».

Besonders symptomatisch war möglicherweise der zweite Beitrag («Argumenti i fakti», Nr. 17/1988). Er warnte vor den CIA-Plänen, das Sowjetsystem unter Ausnutzung von Glasnost und Demokratisierung zu unterminieren, speziell durch das Anheizen von öffentlicher Unterstützung für ein Mehrparteiensystem und unabhängige Gewerkschaften.

Die Implikation ist eindeutig: Wer sich in der Sowjetunion so äussert, ist als Werkzeug der feindlichen Geheimdienste zu betrachten.

Das KGB ist als Institution bisher von der Perestrojka nicht berührt worden, wenn auch die Glasnost dazu geführt hat, dass verschiedentlich ungesetzliche Eigenmächtigkeiten von KGB-Funktionären zur öffentlichen Darstellung kamen. Die Rolle des Sicherheitsdienstes als solcher stand dabei allerdings nie zur Diskussion. Indessen kann man davon ausgehen, dass dem KGB die gesamte Neuerungsbe- wegung nicht geheuer ist, und dass es sich durch das Aufgreifen auch nur von Einzelfällen seiner Willkür in die Defensive gedrängt fühlt. Ein Ausdruck dessen könnte auch die neue Rubrik in «Argumenti i fakti» sein. ■

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland
Jahresabonnement Fr. 48.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.–
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland
Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.–/DM 64.–/
Luftpost sFr. 58.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 33.–/DM 40.–
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee
Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.–

Braucht es noch den Samisdat?

Auch in der Ära der Glasnost hat das inoffizielle Schrifttum des sowjetischen Samisdat seine Funktion noch nicht verloren. Es weitet die Thematik der amtlich zugelassenen Presse aus und ermöglicht auch eine andere Behandlungsweise des Stoffes.

Hier bringen wir drei Beispiele zum Thema der Armee. Es handelt sich um Leserbriefe, die in der Samisdatzeitschrift «Die Würde des Bürgers» (Moskau, Nr. 2/1988) erschienen sind. Wir entnehmen die Leseprobe der Zeitschrift «Perestrojka», die von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (Kaiserstrasse 72, D-6000 Frankfurt) herausgegeben wird.

«Früher habe ich mir die Armee so vorgestellt, wie sie im Fernsehprogramm «Ich diene der Sowjetunion» und in entsprechenden Spielfilmen gezeigt wird. In der Armee aber lachen die Soldaten über diese Programme und Filme. Warum denn übernehmen diejenigen, die solche Filme drehen, diesen Stil der Armee, wo das Dergleichen alle Bereiche durchdringt, wo Einheiten (zweiter Qualität) vor Kontrollkommissionen möglichst weit versteckt werden? Offiziere verschweigen Verbrechen in ihren Einheiten, weil sie verstehen, dass das Bekanntwerden eines Verbrechens eine aufschiebende Wirkung auf die Beförderung haben wird. In einigen Divisionen, wo ich gewesen

In der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe wurde der Pädagogikstudent Mirsumar Umarow wegen Diebstahls an staatlichem Eigentum zu fünf Jahren Lagerhaft strengen Regimes verurteilt. Man hatte ihm den illegalen Besitz von 118 kg Papier und 315 Gramm Drucker-schwärze im Wert von 127 Rubel und 58 Kopeken nachgewiesen. Ein bisschen viel Strafe für ein kleines Eigentumsdelikt? Nun, er hatte das Material zum Vertrieb von islamischer Untergrundliteratur benutzt, aber das war Gegenstand weder der Anklage noch der Verurteilung. Was übrigens die Zeitung «Kommunist Tadschikistana» (Duschanbe, 13. 5. 1988) ausdrücklich bedauerte: Leider habe man den Mann nicht wegen Verbreitung illegal produzierter religiöser Materialien angeklagt, und deshalb sei er so glimpflich davongekommen.

Offensichtlich ist die Verbreitung von alternativem Samisdat je nachdem auch heute noch eine sehr gefährliche Sache. ■

bin, geschehen die unglaublichsten Sachen. Dort hat sich die Meinung eingebürgert, dass in den Kasernen nach 18 Uhr (wenn die Offiziere nach Hause fahren) keine Sowjetmacht mehr herrsche. Ja, ja, so nennen die das. Und dann haben es die jungen Soldaten nicht leicht.»

★

«Ich bin Hotelangestellte. In unserem Hotel wohnen hauptsächlich Dienstreisende, und wenn es freie Zimmer gibt, dann dürfen dort auch diejenigen einziehen, die zu Besuch kamen, zu ihren Söhnen oder Ehemännern, die hier in unserer Stadt beim Militär dienen. Eine Frau kann ich nicht vergessen. Sie kam aus Moskau zu uns; ihr Sohn dient in unserer Stadt seit dem Frühjahr dieses Jahres. (...)

Ich habe ihren Sohn nicht gesehen, aber die Mutter war immer verweint. Ich fragte sie: «Warum weinst du so? Er ist ja nicht in Gefangenschaft, wird ja gut ernährt. Mein Sohn ist im Gefängnis – ich bin es, die weinen sollte.» Und sie sagte mir, in der Armee sei es schlimmer als im Gefängnis. Die Rekruten werden von Älteren misshandelt. Dem Sohn tue alles weh im Leib. (...)

Kann man denn gar nichts tun, kann man den Rekruten denn nicht helfen? Es fällt ihnen ohnehin schwer, weg von zu Hause, weg von den Eltern zu müssen, und da werden sie auf eine solche Weise empfangen. (...) Man muss etwas unternehmen; man muss sie retten; sonst werden sie auch zu Tieren.»

★

«Mama, ich habe vor, mich als Freiwilliger nach Afghanistan zu melden. Wenn ich dort falle, dann falle ich im Kampf um unsere Heimat, um die Erfüllung meiner internationalen Pflicht. Mama, wie viele Schweine gibt es doch in unserer Armee!

Lebt wohl, Vater und Mutter, das Leben ist so schwarz geworden, und es gibt keinen Lichtstrahl. Einer von uns hat es nicht länger aushalten können; er hat einen Wagen entführt und ist weg.

Das Leben ist schlimmer als im Gefängnis. Man sagt hier: «Fass nur Mut und häng dich auf», wir aber, wir wollen leben und der Heimat dienen und nicht diesen Schweinen. Haben denn die Rekruten gar keine Menschenrechte?» ■

Tschernobyl

Schluss von Seite 9

Angesichts eines solchen Erfahrungsschatzes kann man den untergeordneten Parteifunktionären wahrlich nichts vorwerfen, wenn sie sich nicht in die ersten Reihen der Reformer drängen.

Auf Tschernobyl angewandt, heisst das «weiterwursteln» wie bisher.

5. Akt. Ungewisse Zukunft

Zwei Szenarien können die Zukunft von Tschernobyl – und damit die Sicherheit der europäischen Nachbarländer der Sowjetunion – bestimmen:

Variante alpha. Gorbatschow siegt über die Opposition der Partei und der Bürokratie. Dann kann er die lang dauernde und schwierige Aufgabe in Angriff nehmen, bei den Belegschaften eine neue Einstellung zur Arbeitsmoral zu schaffen.

Dazu ist vor allem eine Erhöhung des Lebensstandards, die Belohnung individueller Leistungen und die Bestrafung der individuellen Fahrlässigkeit notwendig. Des weiteren muss mit der Überbesetzung der Arbeitsplätze Schluss gemacht werden. Erst dann haben die Unternehmungsleitungen die benötigten Hebel, um die Schlamperei zu bekämpfen. Man soll sich diesbezüglich keiner Täuschung hingeben: die seit vielen Jahrzehnten eingefahrene Disziplinlosigkeit kann nicht von heute auf morgen ausgemerzt werden. Dazu ist vermutlich die Dauer einer Generation nötig. Gleichzeitig bedarf es bei den Planern eines neuen qualitativen Denkens, wenn man den Sicherheitsvorkehrungen beim Bau der AKW die nötige Beachtung schenken will, was denn auch tatsächlich ein Anliegen der Perestrojka ist, wenn auch eines, das schwer zu verwirklichen ist.

Und wenn die nächste sowjetische Atomkatastrophe die Freundlichkeit besitzt, solange zu warten, bis diese Aufgaben bewältigt sind, wird man sagen können, dass wir noch einmal «mit einem blauen Auge» davongekommen sind.

Variante omega. Die reaktionären Parteimitglieder siegen über die «Perestrojka»: Gorbatschow verschwindet von der Bildfläche, der alte Schlendrian wird nicht (oder nur mit ungenügenden Mitteln) bekämpft, und die Sicherheit wird weiterhin vernachlässigt: dann ist die zweite Atomkatastrophe in der Sowjetunion nur eine Frage der Zeit und des Ortes. ■